

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich dreimal Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt. Abend-Ausgabe

Dienstag, 11. August 1908

Interaktionspreis für die Zeit 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche... 30

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin V. Verlag u. Druck: Rudolf Wofe, Berlin SW.

Müller-Meinungen und die Elektrizitätssteuer.

Die fribdenliche Zentrumspreffe hatte verbreitet, daß der Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen der Vater der Elektrizitätssteuer sei. Als wir von dieser Behauptung unseren Lesern durch die Mitteilungen unseres Münchener Korrespondenten in Nummer 370 unseres Blattes vom 8. August Kunde gaben, pramen wir die Erwartung aus, daß Herr Dr. Müller-Meinungen die Mitteilung der Zentrumspreffe als bald demütigen werde. Dies geschieht jetzt prompt durch folgende Zuschrift, die Herr Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen aus Ebenhausen vom 10. d. M. an uns richtet:

Ebenhausen, 10. August 1908. Sehr geehrte Redaktion! Ich beantrage Ihre Anfrage in der Nummer 370 umgehend und bitte die Antwort zu veröffentlichen. Wenn Sie demnach in der streifen Presse lesen, daß ich nicht mehr! Ich kann nur erklären, daß ich niemals mit dem Herrn Reichsminister oder einer anderen zuständigen Person über eine Elektrizitätssteuer gesprochen, geschweige eine solche angesetzt habe. Ich halte die Idee einer solchen für eine unglückliche und habe deshalb davon gewußt, daß der sozialdemokratische Antrag in der badischen Abgeordnetenkammer auch von der liberalen Fraktion angenommen wurde.

Auch sonst habe ich mit meiner Meinung über diese verfehlte Projekt nicht zurückgehalten. Ich bin vielmehr gegen den blumigen Schein und der Zentrumspreffe, daß ich der Vater der Elektrizitätssteuer sei, ebensowenig gefest wie gegen alle nicht mehr! Ich kann nur erklären, daß ich niemals mit dem Herrn Reichsminister oder einer anderen zuständigen Person über eine Elektrizitätssteuer gesprochen, geschweige eine solche angesetzt habe.

Eine Frage: liegt es im Interesse des Liberalismus, daß ein Teil der liberalen Presse allen Irrtum glaubt und weiterträgt, der gegen uns und demnach auch gegen unsere Gegner? Können wir nicht etwas von der Disziplin des Zentrums im liberalen Lager lernen? Die sachlichen Gegenstände sind dort viel größer als bei uns!

Dochachtungsvoll, Dr. Müller-Meinungen.

Es freut uns aufrichtig, von Herrn Dr. Müller-Meinungen zu vernehmen, daß er die Behauptung der Zentrumspreffe, er habe die Elektrizitätssteuer angesetzt, so etwa als in Abrede zu stellen vermag und daß er diese Steuer angesetzt habe. Wir können nur die Hoffnung hegen, daß dieser Steuerfrage seinen Aufmerksamkeiten getreu bleibt, und daß er dabei die gesamten übrigen Freiheiten auf seiner Seite hat.

Wenn Herr Dr. Müller-Meinungen zum Schluß in dem Absatz „Eine Frage“ sich als Protektor der liberalen Presse verhält, so wollen wir ihm dies keine Vergunnen nicht verwehren. Nur wollen wir ihm bemerken, es gab eine Zeit, wo jedes liberale Blatt, obgleich jedes liberalen Abgeordneten ein Schuß genommen hat, wenn ihm von der gegenwärtigen Presse politische Handlungen untergeschoben wurden, die nach dem liberalen Programm unzulässig waren. Seit der Wiederverkehr, ist von freisinnigen Männern das liberale Programm wiederholt ignoriert und der „Taktik“ nunmehr gebadet worden. Seit der Zeit, wo ein freisinniger Abgeordneter in den Reichstagen einen bewußten und bestimmten hinterlistigen Abwehrpunch seiner Fraktionsgenossen erklären durfte: Wir haben jetzt an der Grundidee, seit der Zeit, wo selbst ein Bauer das demokratische Programm juristischer zu dürfen meint gegenüber der „Taktik“ und „Opportunität“, ist dieser Zeit ist die nicht bloß formale freisinnige Presse mit vollstem Rechte im Kampf gegen die politische Verantwortlichkeit der freisinnigen Abgeordneten. Sie selbst verhalten in bei jeder Gelegenheit, im Parlament lägen die Dinge anders, als wenn man die Politik „von außen“ betrachtet! Und was die Wiederverkehr bisher an Unfällen der Wiederverkehr gegenüber dem Programm jutage gefordert hat, das beweist nur zu deutlich, daß die freisinnigen Verteidiger und Wähler der Wiederverkehr einen bewußten und bestimmten hinterlistigen Abwehrpunch und Programm machen. Für die „Disziplin“ aber, daß man alle Sünden der Wiederverkehr trotzschweigen soll, danken wir bestenfalls! Dit genug haben wir deshalb den freisinnigen Willkür-Blößen nahegelegt, um der politischen Verantwortlichkeit willen und oft zu erklären: Wir können bei der gegenwärtigen Sachlage das alle freisinnige Programm nicht mehr aufrecht erhalten; wir sind nicht mehr im überkommenen Sinne liberal; wir sind seit der Willkür-Blößen „praktische“ Sozialisten. „Staatsmänner“ geworden, für die das Programm eine Utopie, die „Taktik“ aber die gebotene Gegenwartspolitik ist. Mindestens dürfen es die Wiederverkehrigen, so lange sie nicht die Verantwortlichkeit abgelegt haben, der nicht bloß formale freisinnige Presse nicht verwehren, wenn sie beständig und gewiß durch das hinterlistige Verhalten der parlamentarischen Wiederverkehr, es eher für wahrscheinlich hält, daß dieser von neuem das Programm verlernt, als daß er es hochhält. Was man sät, das erntet man: Das gilt auch von dem Wiederverkehr. Kann Herr Dr. Müller-Meinungen, wenn er auch von der Elektrizitätssteuer nichts wissen will, mit aller Bestimmtheit in Abrede stellen, daß der Wiederverkehr der Finanzminister ein an den freien Wahlen indirekter Steuer bewilligen wird?

Die Begegnung von Cronberg.

Wie ein Telegramm aus Cronberg meldet, trafen heute morgen um 8 Uhr 30 Minuten der Kaiser im Lieberow der Volner Jäger zu Pferde mit Stahelien sowie Prinz und Prinzessin Friedrich August von Hessen mit Gefolge auf dem Bahnhof ein. Ferner hatten sich dort eingehenden Regierungspräsident Dr. v. Meißner, Landrat Dr. v. Marx, Bürgermeister Witz-Cronberg, der englische Hofkammerherr Dr. v. Francis Asseltes und der englische Militärattaché Francis. Der Kaiser zog diesen in ein längeres Gespräch, um 9 Uhr lief der Zug mit dem König von England ein. König Edward in der Uniform seines Kaiserlichen Regiments mit Sir Francis Asseltes und Sir Bonhuy entließ den Salonwagen. Die Monarchen trafen einander auf beide Wangen. Der König begrüßte sodann den Prinzen und die Prinzessin Friedrich Karl ebenfalls auf das herzlichste, worauf die Gefolge vorgeführt wurden. Der Kaiser und der König führten sodann im offenen Automobil zum Schloß. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes ist Generaldirektor v. Jenich hier anwesend. Die Werbung, daß auch Staatssekretär v. Schön sich im Gefolge des Kaisers befinden, beruht auf einem Irrtum. Nach der Ankunft in Schloß Friedr. schloß sich die Tätigkeit im Familienkreis und zog sich darauf in ihre Gemächer zurück. Im Gefolge König Edwards befindet sich außer dem bereits angeführten Personen auch Unterstaatssekretär Charles Garding.

Bibelkonferenzen für Lehrer.

Aus Döhrersleben wird uns geschrieben: In unserer Stadt bestehen seit längerer Zeit sogenannte Bibelkonferenzen für Lehrer. Ihre Leiter, Herr Superintendent Schuler, gibt sich die edelmütige Mühe, die ihn unterrichten Lehrer für diese Veranstaltungen interessieren, doch bedarf es hierfür besonderer — von Einzelnen abgesehen — ernstlicherweise eine sehr reduzierte Seltung. Man soll im allgemeinen der Ansicht sein, daß man im Seminar sich mit biblischen Dingen gerade genug habe beschäftigt müssen — wie das auch im täglichen Schulunterricht der Fall ist — und daß die Vervielfachung aller Vorträge, die im Interesse zu werden Zeit, und Tagesfragen zu zu werden. Gegen eine solche Stellung läßt sich natürlich nicht das geringste sagen im Gegenteil, es ist hochzuvertrauen, daß die Lehrer auch in Döhrersleben im allgemeinen recht fortschrittlichen Anschauungen haubigen und auf jeden Fall es für praktischer halten, sich mit öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten zu befassen als mit dem Evangelium St. Buch oder mit der Offenbarung des Johannes.

Es wird mit bekannt ist, werden unsere Jugendbühnen, deren Zielsetzung für den Kulturfortschritt des deutschen Volkes von so ungeheurer Bedeutung ist, im Seminar mit Fragen und Problemen der modernen Wirtschaftskunde, des staatlichen Lebens usw. überhaupt nicht bekannt gemacht. Vor lauter Bibelstudium kommt man nicht dazu, anzusehen daß der junge Lehrer auch im Kreise ernstlicher, modern gerichteter Männer die Stellung einnehmen, die ihm gebührt auf den angehenden Gelehrten aus manchen nachfolgenden beziehungsweise für zu erwarten. Am liebsten und gutem Willen dazu soll es den Herren — dies rühmliche Zeugnis muß ihnen ausgeföhrt werden — meistens nicht. Leider werden aber viele von ihnen durch allezeit überflüssige Nebenbänge — zu denen man auch derartige Bibelkonferenzen rechnen muß — veranlaßt, ihre Kraft zu verzerren und zu zerstückeln. Ob es besser ist, wenn man sich lieber auf den Weg macht, die Sache selbst in der Hand zu haben, als sich über mehrfache Bibelstellen den Kopf zu zerbrechen?

Ob derartige von Pastoren geleitete und eigens für Lehrer arrangierte Bibelkonferenzen auch in anderen Städten bestehen, entzieht sich meiner Kenntnis. Doch wäre es immerhin interessant, etwas näheres darüber zu erfahren.

Soweit die interessante Zuschrift aus Döhrersleben. Verstandig, daß nur immer gerade die Lehrer für theologische Zwecke eingepaart werden sollen. Warum läßt der Herr Superintendent nicht auch die Steuer- und Gerichtsbeamten, die Gymnasiallehrer und Richter, die Oberförster und den Landrat seines Kreises zu seinen Bibelstunden ein? Man überlasse es doch den Lehrern, kauer majestätischen Denken, sich selbst weiter zu bilden wie sie wollen! Es fällt ja auch keinem Lehrer ein, pädagogische Stunden für Geistliche zu veranstalten. Warum sollen denn die Lehrer durchaus die Bibelstunden eines Geistlichen bedürfen? Wenn kein Lehrer zu den Bibelstunden hinginge, würde der um das Gelingen der Lehrer bestellende Herr Superintendent keine Aktionen von selbst einstellen. Dadurch, daß nur einige Lehrer sich bemühen würden, dem Geistlichen den Gehalt zu tun und jede andere in der Regierung unterrichtet zu genießen, als sie schon jahrelang in der Pfarrandenanstalt und im Seminar verarbeitet haben, wird in den Theologen lediglich der Glaube gefestigt, daß sie sich als Speziallehrer der Lehrer zu betrachten haben. Die Lehrer haben es also selbst in der Hand, immer und überall zu zeigen, daß sie vorbildlich sind der Weisheit vom Gängelbände der Geistlichkeit.

Schüding-Probleme.

Wie ein Telegramm aus Hamburg meldet, planen die Liberalen Parteien in Hamburg und Schleswig-Holstein die Einberufung von Protestversammlungen in Hamburg und in anderen größeren Städten Schleswig-Holsteins, um der Verabsorung Gegenstand zu geben, zum Fall Schüding Stellung zu nehmen.

Paris, 11. August. Eine Abstimmung der Pariser Gasarbeiter hat die Ablehnung des allgemeinen Ausnahmestützpunktes Clemenceau ist gestern abend nach Karlsruhe abgerückt.

Posadowsky als Reichstagskandidat.

Für die Eroberung des bisher durch den Sozialdemokraten Erhardt vertretenen Reichstagswahlkreises S p e y e r und Wisbaden geben sich die Nationalliberalen vielfachlichen Parteien zusammenhalten. Ohne das Zentrum kann der nationalliberale Kandidat nicht durchbringen. „Trojaner sieht es aus“, so lesen wir in der „Germania“, dem Berliner Zentrumsorgan, „als ob die nationalliberale Partei geradezu darauf ausginge, dem Zentrum die Wirtische unmöglich zu machen. Die stärksten Gegner läßt sie sich zu Kandidaten aus, die sie nur im Falle finden kann. Dazu gehört zunächst der liberale Lehrer Repp, dem ein Zentrumsmann überhaupt niemals seine Stimme geben kann; ferner der fortschrittliche, aber durch sein liberales Auftreten längst bekannte Herrer Zemet. Wenn man nicht annehmen will, daß die nationalliberale Partei es nur darauf angelegt hat, die Zentrumspartei zu zeigen und dann, wenn der sozialdemokratische Kandidat gewählt ist, von „nationalen Verrat“ zu sprechen, dann kann man nur bei solchen Kandidaten eine gewisse feste Rückhalt annehmen. Jetzt wird nun den Nationalliberalen durch eine Ablehnung der „Straßburger Post“ die Wirtische auf die Brust gelegt, indem ihnen als Kandidat der frühere Minister Graf Posadowsky vorgeschlagen wird. Dieser Name, schreibt dazu die „Zweibrücker Volkszeitung“, hat dem Zentrum einen guten Klang. Der rüstige Fleiß und die Bedenken dieses Mannes, besonders auf dem Gebiete der Sozialpolitik, sind von allen Parteien anerkannt. Wie glauben daher ruhig sagen zu können, ohne der besonnenen Parteileitung vorzugreifen, daß eine Berufung auf diesen Namen beim Zentrum wohl kaum auf Schwierigkeiten stoßen würde. Man wollen wir sehen, wie sich die plötzliche liberale Presse dazu stellt.“

In der am Sonntag in Ludwigshafen abgehaltenen Wahlkreisversammlung der sozialdemokratischen Partei wurde als Reichstagskandidat für die Wahlperiode am 15. September der erste Abmund der Stadt Ludwigshafen Jaf. Binder nominiert. Der Kandidat, der auch in weiten vortäglichen Kreisen sich allgemeinen Achtung und Sympathie erfreut und gleich dem besten liberalen Abgeordneten Erhardt der gemäßigteren Richtung angehört, nimmt die Kandidatur an und wird im Falle seiner Wahl seine Kreuze in der Verwaltung der Stadt niederlegen.

Die Vorklässe der portugiesischen Krone.

In der portugiesischen Kaiserfamilie erklärte gestern, wie aus Lissabon gemeldet wird, sein Verzicht über die Frage der Vorklässe an die Krone der früheren Reichsminister Pinto Bimontel (Kaisererbe), daß, da der verfochtene Prinz Ribeiro die Krone, die ihn verlobt, nicht selbst tragen könnte, er (Pinto Bimontel) die Verantwortung für alle dessen Handlungen in dieser Angelegenheit übernehme. Die gegenwärtige Situation sei noch schlechter, als sie gewesen sei, bevor Ferreira do Amaral die Regierung übernommen habe. Die Frage der Vorklässe sei eine Fundamente der Staatlichkeit, die die Opposition ausgenommen habe, was Ferreira zum großen Schaden des Vaterlandes und der Institutionen des Landes nicht verhindern.

Türkische Finanzsorgen.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, haben die Ottomanische Bank 100,000 Pfund und die Deutsche Postbank 50,000 Pfund Sterling für die unmittelbaren Bedürfnisse der Wirtische in Bagdad und des Wirtischen Wirtischen vorgezogen. France und die Zeitung es sein Verlobung eingeleitet, welche die Konvention der Wirtischen von 1890 und 1896. Die Konvention solle die Regierung in den Stand setzen, mehr als eine Million Pfund flüssig zu machen. Da aber die Finanzoperation nicht ohne Zustimmung des Parlaments vorgenommen werden könnte, werde die Ottomanische Bank nach Maßgabe der Bedürfnisse der Regierung bis zu 750,000 Pfund vorzulegen.

Vertrag, 11. August. Die Entwurfslage nahm in der gestrigen Abendung des Budget für 1908 mit 79 gegen 21 Stimmen in zweiter Lesung an.

Der „Geheimertrag“.

von dem wir kürzlich Mitteilung gemacht haben, war am Sonntag Gegenstand der Verhandlung in Duisburg. Es wird uns darüber von dort geschrieben: Am Sonntag vormittag hielt der Gewerbeverein

Der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter

zwei öffentliche Protokollversammlungen in Saar und Weidach ab. Es galt, gegen den in der „Volks-Zeitung“ mitgeteilten Geheimertrag der Wirtische und fortschrittlichen Metallarbeitern zu protestieren, indem gerade hierdurch die Freizügigkeit unterbunden wird. Die Referenten festifizierten ein beratendes Vorgehen in scharfer, aber sachlicher Weise. Es gelangte nachstehende Resolution an zur Annahme: „Die heutigen, zahlreich besuchten öffentlichen Protokollversammlungen, einberufen vom Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Duisburg, verurteilen mit aller Entschiedenheit die Beschränkung der Freizügigkeit durch die hierigen Wirtische. Die Beschränkungen werden den Wirtischen das Recht zu beschneiden, die Kraft dort zu verdienen, wo es ihnen gefällt, ernachlässigt wird. Solche Beschränkungen, da wichtige Arbeiter- und Volksrechte in Frage stehen, nicht mit Zweidrittelmehrheit entscheidend werden. Von ihren geschulten Arbeitern befolgenden Fabrikanne empfindet die Beschränkung eine weitgehende Befreiung der Wirtischen und Arbeiterverhältnisse als bestes Mittel, inländische Arbeiter in Wirtische zu halten. Wo Arbeiter und Arbeiter auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung der gesetzlichen Rechte und Freiheiten, besonders des